

Mein

NEWSLETTER aus Gemünden & Berlin



Bernd Rützel

Mitglied des Deutschen Bundestages

Ausgabe 3 | März 2015

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

Reisen bildet: Unter diesem Motto habe ich im zurückliegenden Monat zwei Dienstreisen unternommen, die mich beide auf die unterschiedlichste Art und Weise sehr beeindruckt haben. In diesem Newsletter möchte ich hierüber kurz berichten.

Innenpolitisch bewegt uns weiterhin der Mindestlohn. Die Kritik reißt nicht ab, ich kann mich allerdings des Eindrucks nicht verwehren, dass hier parteipolitisches Kleinklein betrieben und ein sozialpolitischer

Meilenstein unter Instrumentalisierung verschiedener Interessengruppen diffamiert wird. Fakten und Positionen hierzu sind auf den kommenden Seiten zu finden.

Außerdem berichte ich über Termine und Begegnungen. Besonders spannend waren meine Termine am Aschermittwoch in den Unterbezirken Aschaffenburg und Würzburg-Stadt sowie am Tag drauf beim „Donnertag“ im Unterbezirk Würzburg-Land.

Ich wünsche eine interessante Lektüre. Wer Fragen zu den Themen dieses Newsletters hat – oder auch zu anderen – kann sich jederzeit gerne mit meinen Büros in Verbindung setzen.

Viele Grüße!



Winterliche Grüße aus der Heimat. Das Bild habe ich am 1. Februar gemacht, als noch Schnee lag in MSP ...



INHALT

- 2 ... Mindestlohn
- 5 ... Griechenland & Klartext
- 6 ... SuedLink
- 8 ... Lisas Post aus den USA
- 9 ... TTIP, Maut, Reisen
- 13 ... Unterwegs in Unterfranken
- 18 ... MdL-Gastbeiträge

KONTAKT/IMPRESSUM

Bürgerbüro Gemünden

Obertorstraße 13
97737 Gemünden

Tel. 09351 6036563
Fax 09351 6058298
bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de

Büro Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel. 030 227 73434
Fax 030 227 76433
bernd.ruetzel@bundestag.de

www.bernd-ruetzel.de

V.i.S.d.P.: Bernd Rützel, MdB
Obertorstraße 13, 97737 Gemünden

Aus dem PARLAMENT



DER MINDESTLOHN - EINE HISTORISCHE ERRUNGENSCHAFT

Ich stelle mich klar gegen die vermehrten Versuche, den Mindestlohn aufzuweichen. Wir haben ihn eingeführt, um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor unredlichen Löhnen zu schützen und um mehr Gerechtigkeit in den Arbeitsmarkt zu bringen.

Dafür sind wirksame Kontrollen notwendig, die nicht als unnötige Bürokratie geschmäht werden dürfen. Im Rahmen der Einführung des Mindestlohns taucht vieles auf, was vielleicht schon früher und in anderen Zusammenhängen hätte geklärt werden müssen. Doch vieles, was nun kritisiert und in Frage gestellt wird, ist schon seit langen Zeiten gesetzlich festgelegt. Das betrifft beispielweise Fragen des Arbeitszeitgesetzes, die nicht neu sind, durch die Beschäftigung mit dem Mindestlohn aber jetzt erst aufs Tapet kommen – auch wenn es keine Fragen des Mindestlohns sind. An anderen Stellen treten Praxisprobleme auf, die pragmatisch gelöst werden. Auf die Auswirkungen ehrenamtlicher Arbeit in Sportvereinen werde ich noch genauer eingehen. Einige Probleme können nur unter Druck zutage treten. Für sol-

che Fälle hat Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles stets angeboten, spezielle Probleme bei der Anwendung des Mindestlohngesetzes im Dialog zu lösen.

Wer dachte, die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns würde geräuschlos über die Bühne gehen, hat die historische Dimension dieses Mammutprojekts verkannt.

Alleine in Bayern bringt der Mindestlohn 550.000 Menschen mehr Einkommen. Er ist ein Gewinn nicht nur für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sondern auch für die ehrlichen Unternehmen.

Dass für eine erfolgreiche Umsetzung noch Detailfragen geklärt werden müssen, ist da eine Sache, für die es sich ganz sicher zu arbeiten lohnt. Und ich bin sehr froh, Teil dieser Arbeit zu sein.

MINDESTLOHN UND EHRENAMT IM SPORT

Ohne Zweifel ist, dass wir bürgerschaftliches Engagement weiterhin schützen und fördern möchten. Es ergeben sich durch den Mindestlohn aber einige Abgrenzungsfragen in Sportvereinen, da es dort eine Vielzahl von Menschen gibt, die zwar eine Zahlung erhalten, aber aus sportlichem Interesse und für den Verein tätig werden und nicht, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen oder aufzubessern.

Wir haben deshalb bereits im Gesetzgebungsverfahren für das Mindestlohngesetz deutlich gemacht, dass Ehrenamtliche in Sportvereinen sowie Amateur- und Vertragssportler nicht unter das Mindestlohngesetz fallen sollen. Entscheidend ist, dass die ehrenamtliche bzw. sportliche Betätigung und >>>



Aus dem PARLAMENT



>>> nicht die finanzielle Gegenleistung im Vordergrund steht. In einem Gespräch auf Einladung von Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles hat sie mit den Spitzen von DOSB und DFB eine gemeinsame Lösung innerhalb des Mindestlohngesetzes gefunden:

Vertragsamateure erhalten als Mitglieder des Vereins für ihren sportlichen Einsatz oftmals eine geringe Bezahlung, die üblicherweise über eine geringfügige Beschäftigung (Minijob) ausgezahlt wird. Grundsätzlich ist bei einem Minijob davon auszugehen, dass ein Arbeitnehmerverhältnis vorliegt und damit der Mindestlohn zu zahlen ist, denn der Mindestlohn gilt natürlich für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Typischerweise verfolgen aber Sporttreibende im Amateur- und Freizeitbereich mit dem Einsatz ihrer sportlichen Fähigkeiten keine wirtschaftlichen Interessen. Bei deren Engagement ist meist eindeutig, dass nicht die finanzielle Gegenleistung, sondern die Förderung des Vereinszwecks und der Spaß am Sport im Vordergrund stehen.

Für die Beurteilung, ob ein Vertragsspieler eine Arbeitnehmerin bzw. ein Arbeitnehmer ist, kommt es jeweils auf die Betrachtung aller Umstände des konkreten Einzelfalls an. Insbesondere ist die Vertragsgestaltung und -abwicklung von Bedeutung. Aus dieser muss hervorgehen, dass das Engagement für den Verein nicht zu Erwerbszwecken in einer für ein Arbeitsverhältnis typischen Abhängigkeit erbracht wird. Dies ist durch die Vereine „vor Ort“ sicherzustellen.

Lösung für Vertragsamateure

Um für die Sportvereine Klarheit zu schaffen, hat das Bundesarbeitsministerium verdeutlicht, dass bei Einhaltung der genannten Bedingungen trotz Anmeldung über einen Minijob nicht von einem Arbeitnehmerverhältnis auszugehen ist und das Mindestlohngesetz somit

keine Anwendung findet. Damit wird den Sportvereinen eine einfache, handhabbare Lösung entlang der bisherigen Praxis aufgezeigt, die nur für Vertragsamateure im Sport anwendbar ist.

Durch diese unbürokratischen Klarstellungen beweisen wir, dass wir schnell und pragmatisch in Bereiche reagieren, in denen es zu Abgrenzungsfragen kommt.

Auch mit den Trägern kultureller, sozialer und kirchlicher Arbeit sind wir im Gespräch, um gute Lösungen für Grenzfälle zu finden.

Klar muss aber unter allen Umständen bleiben: Eine Erwerbsarbeitsstunde wird mit mindestens 8,50 Euro bezahlt!

DGB
Mindestlohn
HOTLINE
0391 / 4088003*
*zum Festnetztarif

**FRAGEN ZUM
MINDESTLOHN?**
Anrufen!

Aus dem PARLAMENT



DER MINDESTLOHN UND DIE DOKUMENTA- TIONSPFLICHT

Von einigen Seiten werden Forderungen nach einer Einschränkung der Dokumentationspflichten beim Mindestlohn laut.

Damit der Mindestlohn seine Wirkung entfalten kann, muss er kontrolliert werden. Das ist keine unnötige Bürokratie!

Die ehrlichen Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber haben selbst ein großes Interesse daran, dass sich auch die Konkurrenz an den Mindestlohn hält.

Und es ist nun wirklich keine Überforderung für Unternehmen, die Arbeitszeiten ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufzuschreiben. Das sollte doch ohnehin selbstverständlich sein und im Sinne beider Seiten – der Arbeitnehmer-schaft und der Unternehmer.

Dabei muss keine bestimmte Form eingehalten werden. Auch handschriftliche Notizen sind in Ordnung. Und Aufzeichnen müssen die Betriebe die Arbeitszeiten ja ohnehin, um ihre Lohnbuchhaltung zu organisieren.

Nicht für Privathaushalte

Die Dokumentationspflicht gilt für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die in den neun Branchen tätig sind, die unter das Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz fallen. Sie entfällt, wenn das Monatseinkommen des Beschäftigten 2.958 Euro übersteigt. Darüber hinaus muss die Arbeitszeit bei geringfügiger Beschäftigung, den sogenannten Minijobs, im gewerblichen Bereich festgehalten werden, nicht in Privathaushalten. Eine private Haushaltshilfe auf 450-Euro-Basis ist z. B. von der Pflicht ausgenommen.

Natürlich werden wir uns den Vollzug des Mindestlohngesetzes und der damit verbundenen Dokumentationspflichten im Hinblick auf die Verhältnismäßigkeit in der Praxis genau anschauen. Es ist immer sinnvoll, Gesetze nach einer gewissen Zeit auf ihre Tauglichkeit zu prüfen – jetzt muss der Mindestlohn jedoch erst einmal seine Wirkung für 3,7 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entfalten können!

REDE IM BUNDESTAG ZUR MITBESTIMMUNG

Am 29. Januar sprach ich in meiner Eigenschaft als stellvertretender Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion für die Themen Arbeit und Soziales im Deutschen Bundestag zu einem Antrag der Grünen mit dem Titel „Mehr Betriebsrätinnen und Betriebsräte braucht das Land“.



© Deutscher Bundestag/Achim Mende

**Mein Fazit als langjähriger
aktiver Gewerkschafter:
Nur mitbestimmte Arbeit
ist gute Arbeit!**

**Ein Video meiner Rede finden Sie
auf meiner Homepage.**

Aus dem PARLAMENT



UNTERSTÜTZUNG FÜR REFORMPROZESS IN GRIECHENLAND

Die neue griechische Regierung hat um mehr Zeit für die Umsetzung der dringend erforderlichen Reformen gebeten. Das laufende Hilfsprogramm soll deshalb um vier Monate verlängert werden.

Ich bin der Meinung, wir sollten ihnen diese Zeit gewähren – wenn die griechische Regierung sich verbindlich zu konkreten Reformschritten verpflichtet, um endlich mehr Steuergerechtigkeit zu schaffen und die Korruption zu bekämpfen.

Denn nur dann kann in Griechenland mehr Wachstum und Beschäftigung entstehen. Und nur dann können die großen sozialen Verwerfungen, die die griechische Gesellschaft derzeit prägen, überwunden werden.

Aus unserer Sicht bedeutet das: Die Vernunft hat sich vorerst durchgesetzt. Die von Syriza angeführte neue griechische Regierung hat eingesehen, dass die Unterstützung der europäischen Partner an Bedingungen geknüpft war und dass es ohne diese Bedingungen keine >>>

KLARTEXT

Die Griechische Tragödie

Die Unterstützung Griechenlands scheint zum Schrecken ohne Ende zu werden. Das zweite Hilfsprogramm für Griechenland hat der Deutsche Bundestag am 27. Februar 2012 beschlossen, es lief bis Ende 2014 und ist im Dezember um zwei Monate verlängert worden. In der Entscheidung des Bundestages am vergangenen Freitag ging es darum, eine weitere Fristverlängerung von vier Monaten zu genehmigen.

Um nicht mehr und nicht weniger.

Das griechische Volk hat eine neue Regierung gewählt, die jetzt ihre Hausaufgaben machen will und muss, damit das Land endlich wieder auf die Beine kommt.

Deshalb ist die Verlängerung der Stabilitätshilfe um vier Monate eine Chance, aber vor allem eine Herausforderung – eine erste Liste ihrer Reformmaßnahmen hat die griechische Regierung vorgelegt, auf deren Einhaltung wir genau achten werden.

Wer mit lockeren Sprüchen meint, auf Kosten anderer leben zu können, der ist auf dem Holzweg. Die deutschen und europäischen Steuerzahler erwarten zu Recht, dass die geleisteten Hilfen auch zu konkreten Fortschritten in Griechenland führen.

Gegenseitiges Vertrauen und Solidarität sind seit über 60 Jahren die Fundamente Europas. Deshalb muss die Verlässlichkeit, dass getroffene Vereinbarungen eingehalten werden sowie gegenseitiger Respekt, das gemeinsame Ringen um Lösungen für Griechenland bestimmen.

Nur wenn sich alle Beteiligten ihrer politischen Verantwortung für die Gemeinschaft bewusst sind, bleiben die EU und ihre Mitgliedsstaaten stark.

Aus dem PARLAMENT



>>> weitere Unterstützung geben kann. Dadurch ist der Ausstieg Griechenlands aus der Eurozone vorerst vermieden, den einige in Deutschland leichtfertig herbeireden und -schreiben wollten. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten war dies nie eine anzustrebende Option. Die Kosten für die deutschen Steuerzahler wären immens hoch, die politischen Folgen für die gesamte EU nicht absehbar.

Griechenland muss es jetzt aber endlich schaffen, die Wurzeln der Misere zu beseitigen. Wenn die neue Regierung das anpackt, dann hat sie Unterstützung verdient – egal, wie man diese Regierung und ihre Mitglieder politisch bewertet.

BRIEF VOM PRAKTIKANTEN

Hallo,
ich heiße **Alexander Deutsch**, komme **aus Rohrbach** und bin am 7.6.1994 in Karlstadt am Main geboren. Dort habe ich 2012 auch mein Abitur absolviert. Anschließend bin ich direkt ins Studium übergegangen. An der **Julius-Maximilians-Universität Würzburg** studiere ich **Political and Social Studies** und bin aktuell im **6. Semester**. Das studienbedingte Praktikum absolviere ich bei **Bernd Rützel** (siehe Foto). Dieses ist so aufgliedert, dass ich **zwei Wochen in Berlin** bin und die **letzten vier Wochen im Bürgerbüro in Gemünden am Main**

verbringe. In meiner Freizeit spiele ich gerne **Fußball** oder **Schafkopf**, betätige mich **anderweitig sportlich** und lese sehr gerne.

SEEHOFER UND DIE STROMTRASSEN

2013 hat CSU-Chef Seehofer zwei große „Stromautobahnen“ nach Bayern gebilligt, jetzt reagiert er auf Bürgerproteste und will Änderungen. Wirtschaftsminister Gabriel hat Gesprächsbereitschaft bei Trassenführungen und Erdkabeln als Alternative zu großen Strommasten signalisiert. Eine Entscheidung ist aber auch im Koalitionsspitzengespräch am vergangenen Dienstag noch nicht gefallen.

Ich will, dass die Energiewende gelingt. Und hoffe, dass wir dafür nicht noch einen großen Atomunfall brauchen.

Voraussetzung für das Gelingen ist der Netzausbau und der setzt die Akzeptanz in der Bevölkerung voraus. Ich will, dass die notwendigen Stromtrassen – zu denen **SuedLink** gehört – dort verlaufen, wo sie den Menschen möglichst wenig schaden und der Eingriff in die Natur so gering wie möglich ist. Dazu gehört, dass die Leitungen – zu einem >>>



Aus dem PARLAMENT



viel höheren Anteil als bislang geplant – unterirdisch verlegt werden. Die von den Stromtrassen betroffenen Bundestagsabgeordneten haben sich über Fraktionsgrenzen hinweg zusammengetan. Beim nächsten Treffen werden wir unseren Einsatz für die Erdverkabelung bündeln.

DIE MIETPREISBREMSE KOMMT – ENDLICH

In einer anderen Frage hat der Koalitionsausschuss entschieden: Die Mietpreisbremse kommt!

Faires und bezahlbares Wohnen ist ein ur-sozialdemokratisches Anliegen. Wir haben die Mietpreisbremse in den Koalitionsvertrag hineinverhandelt – und es ist gut, dass das für die Koalitionsspitzen verbindlich gilt.

Die Mietpreisbremse ist für Millionen MieterInnen von großer Bedeutung, damit die Mieten auch für Normalverdiener bezahlbar bleiben. Außerdem gilt künftig das Bestellerprinzip beim Makler: Wer ihn bestellt, der bezahlt ihn auch. Das ist wichtig, damit die Zwangslage von Wohnungssuchenden nicht mehr in dem Maße ausgenutzt werden kann, wie es derzeit noch

der Fall ist. Diese Entscheidungen sind längst überfällig und es ist gut, dass dieses wichtige sozialdemokratische Projekt nun seinen Weg durch den Bundestag nehmen kann.

MIT DEM BR IM BRATWURSTHÄUSLE

Die bayerische Landesgruppe in der SPD-Bundestagsfraktion lud im Februar zum Presseabend ein. Die Adresse war gut gewählt: Seit kurzem gibt es im Prenzlauer Berg eine fränkische Dependence – das „Bratwursthäusle“. Dort trafen wir uns mit den JournalistInnen des Bayerischen Rundfunks. In gemütlicher Atmosphäre war Gelegenheit zum Kennenlernen und Gedankenaustausch. Ein gelungener Abend!

GENTECHNIKANBAU- VERBOT IN DEUTSCHLAND

Wir als SPD-Fraktion lehnen eine bundesländerspezifische Regelung für Gentechnik-Anbauverbote ab. Wir wollen, dass die neue EU-Regelung („Opt out“) bundesweit genutzt wird und setzen uns für ein Anbauverbot gentechnisch veränderter Pflanzen in ganz Deutschland ein. Der Bund darf die Verantwortung nicht auf die Länder verlagern.

Für mich ist klar, dass der Schutz der gentechnikfreien Landwirtschaft und der Umwelt sowie die Sorgen und Vorbehalte der Bevölkerung Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen haben müssen.

Foto: Henning Schacht



Aus dem PARLAMENT



Ein Jahr in den USA leben, studieren und arbeiten – diese spannende und einzigartige Kombination bietet das Parlamentarische Patenschaftsprogramm (PPP). In 2014/15 auf meine Einladung hin mit dabei: Lisa Bonengel aus Wiesthal.

LISAS POST AUS DEN USA

Washington D.C. – Zu Beginn dieses Jahres durfte ich für sechs Wochen in der Hauptstadt der Vereinigten Staaten am „Capitol Hill“ für einen amerikanischen Kongressabgeordneten arbeiten und dadurch einen guten Einblick in das politische Geschehen der USA gewinnen. Neben administrativen Aufgaben besuchte ich Anhörungen verschiedener Ausschüsse, Briefings und Debatten im Repräsentantenhaus und unterstützte bei Touren durch das Capitol. Als junge Botschafterin Deutschlands nahm ich außerdem

an vielen Veranstaltungen teil, um über die transatlantischen Beziehungen und natürlich auch über meine eigenen Erfahrungen und Eindrücke zu sprechen. In dieser kurzen Zeit habe ich so viel mehr über die Geschichte und Politik der USA, über Ansichten ihrer Bürger und vor allem Vieles über die Bedeutung Deutschlands in der Welt gelernt.

Washington D.C. – At the beginning of the year I had the opportunity to work for six weeks for an American congressman on "Capitol Hill" to gain insight of the political system of the United States. In addition to administrative tasks, I visited various committee hearings, briefings and debates in the House of Representatives. I also gave support during tours of the Capitol. As a young ambassador of Germany, I participated

in many events to talk about the transatlantic relationship and my own experiences and impressions. In this short time I have learned so much more about the history and politics in the United States, about views of its citizens, and especially about the importance of Germany in the world.

**Folge mir auf facebook
(auch ohne facebook-Konto!):
[www.facebook.com/
BerndRuetzelMdB](http://www.facebook.com/BerndRuetzelMdB)**



Aus dem PARLAMENT



DIE SPD UND TTIP

Vor Ort werde ich immer wieder auf die geplante Verabschiedung von Freihandelsverträgen der Europäischen Union mit Kanada (CETA) und den USA (TTIP) angesprochen. Ich bin froh, dass das Interesse an diesem doch recht sperrigen Thema so groß ist. Die Aufmerksamkeit hat erste Früchte getragen: Die Kommission veröffentlichte die Verhandlungspapiere. Bernd Lange, mit dem ich mich am 18. Februar in Würzburg getroffen habe (hierzu später mehr), vertritt die Position der SPD und der S&D-Fraktion im Europäischen Parlament sehr überzeugend. Viele Informationen hierzu und zu den Verträgen sind auf seiner Homepage zu finden: bernd-lange.de

Am 23. Februar fand im Berliner Willy-Brandt-Haus auf Einladung der SPD-Bundestagsfraktion und des Parteivorstandes eine große Diskussionsveranstaltung zum Thema statt. Hunderte Menschen waren in die SPD-Parteizentrale gekommen, um an der Konferenz „**Transatlantischer Freihandel – Chancen und Risiken**“ teilzunehmen. Tausende Menschen verfolgten die Veranstaltung über den Livestream auf der Website der

Fraktion und diskutierten in den sozialen Netzwerken mit. Unter den Gästen waren viele SPD-Bundestagsabgeordnete, etliche Honoratioren aus Wirtschaft und Gesellschaft, darunter der Präsident des DIHK Eric Schweitzer sowie DGB-Chef Reiner Hoffmann. Aber auch die EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström war gekommen, um ein Statement abzugeben, was den Stand der Verhandlungen bei TTIP und die Hintergründe betrifft.

CETA UND TTIP DIE ZIELE AUF EINEN BLICK

<p>1. HANDELSBEZIEHUNGEN INTENSIVIEREN – FAIR UND NACHHALTIG GESTALTEN</p> <p>→ täglich gehen Waren im Wert von ca. 2 Mrd. € über den Atlantik</p> <p>2 MRD. € / TÄGLICH</p> 	<p>2. IMPULSE FÜR WACHSTUM, BESCHÄFTIGUNG UND WOHLSTAND SETZEN</p> 	<p>3. ARBEITS-, GESUNDHEITS- UND VERBRAUCHER- SCHUTZ, SOWIE SOZIAL- UND UMWELTSTANDARDS VERBESSERN</p> 
---	---	---

Ich finde es wichtig, dass Parteivorstand und Fraktion sich der Diskussion stellen, offen für die Argumente beider Seiten sind und für ihre Positionen werben.

Unser Fraktionsvorsitzender Thomas Oppermann hat betont, dass Arbeitnehmerstandards durch die Verträge nicht abgesenkt würden, auch keine Umweltstandards oder Verbraucherschutzregelungen. Das ist für mich als Arbeitsmarktpoliti-

ker besonders wichtig. Wichtig finde ich auch eine ganz aktuelle Initiative von Sigmar Gabriel und anderen führenden europäischen Sozialdemokraten. Sie haben ein Positionspapier ([mehr auf spd.de](http://mehr.auf.spd.de)) vorgelegt, in dem sie weitreichende Veränderungen zum Investorenschutz bei CETA und darüber hinaus fordern. Grundsätzlich soll außerdem festgeschrieben werden, dass es keinen Verstoß gegen den Investorenschutz bedeutet, wenn durch ein

Gesetz die Gewinnspanne eines Investors gedrückt wird. Und: Die Interpretation von Schutzstandards bei Umwelt, Verbraucherschutz, Arbeit oder Soziales bleibt auch nach Abschluss des

Vertrages den einzelnen Ländern überlassen.

Die Kritik in der SPD und in der Bevölkerung verhält also nicht ungehört, sondern wird aufgenommen und umgesetzt.

Richtschnur meiner Entscheidung wird sein, dass die Verträge den Menschen nutzen und den Kriterien unseres Konvent-Beschlusses aus dem vergangenen Herbst entsprechen.

Aus dem PARLAMENT



BUNDESTAG BERÄT MAUT

Die Einführung einer PKW-Maut haben wir im Koalitionsvertrag auf Wunsch der CSU vereinbart. Sie ist nicht unser Lieblingskind – aber die SPD ist vertragstreu, genauso wie wir das von unseren beiden Koalitionspartnern erwarten.

In der letzten Februarwoche haben wir in erster Lesung den Gesetzentwurf von Bundesminister Alexander Dobrindt zur **Einführung einer Infrastrukturabgabe auf Bundesfernstraßen** beraten und zudem seinen Entwurf eines zweiten Verkehrssteueränderungsgesetzes, das die **Senkung der Kfz-Steuer** vorsieht. Damit sollen die Belastungen durch die Pkw-Maut für in Deutschland zugelassene PKW kompensiert werden.

Mit der Einführung der Infrastrukturabgabe wird eine Stärkung der Nutzerfinanzierung bei den Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur angestrebt. Durch die Pkw-Maut verschiebt sich die Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur von der Kfz-Steuer, die dem allgemeinen Bundeshaushalt zufließt, in die Nutzerfinanzierung. Die Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur wird damit unabhängiger vom Bundeshaushalt

und steht jahresübergreifend zuverlässig zur Verfügung – ein Effekt, den ich für ausgesprochen sinnvoll halte.

Die Gestaltung der Infrastrukturabgabe und die zugehörige Entlastung bei der Kfz-Steuer müssen gewährleisten, dass kein deutscher Autofahrer stärker belastet wird als bisher.

Das steht so im Koalitionsvertrag und wir werden das im parlamentarischen Verfahren detailliert prüfen, genauso wie die europarechtskonforme Ausgestaltung des Gesetzes. Außerdem ist uns wichtig, dass die Berechnungen der Einnahmen aus der PKW-Maut im parlamentarischen Verfahren transparent gemacht werden.

Da die Erhebung der Infrastrukturabgabe für ausländische PKW zunächst auf Bundesfernstraßen beschränkt ist, muss sichergestellt sein, dass kein **Ausweichverkehr** entsteht, der die Lärm- und Abgasbelastungen erhöht. Schließlich muss der Datenschutz bei der Erhebung der Abgabe gewährleistet sein, damit die Nutzung der Autobahnen ausschließlich zum Zwecke der Erhebung der Steuer überwacht und gespeichert wird.

Ausweitung LKW-Maut auf vierspurige Bundesstraßen

Wir haben außerdem in erster Lesung eine Änderung des Bundesfernstraßenmautgesetzes zur Ausdehnung der LKW-Maut auf vierspurige Bundesstraßen beraten. Mit dieser Änderung soll zum 1. Juli 2015 die Mautpflicht auf weitere ca. 1.100 km vierspurige Bundesstraßen ausgedehnt werden. Außerdem sollen weitere Fahrzeugklassen mautpflichtig werden, wozu zum 1. Oktober 2015 die Mautpflichtgrenze von 12 Tonnen zulässiges Gesamtgewicht auf **7,5 Tonnen zulässiges Gesamtgewicht** abgesenkt wird.

Unser Ziel bleibt es darüber hinaus, ab 2018 die LKW-Maut – wie im Koalitionsvertrag vereinbart – auf alle Bundesstraßen auszudehnen.

**Folge mir auf facebook
(auch ohne facebook-Konto!):
[www.facebook.com/
BerndRuetzelMdB](http://www.facebook.com/BerndRuetzelMdB)**

**Tagesaktuelles findest Du
auch auf meiner Homepage:
www.bernd-ruetzel.de**

Aus dem PARLAMENT



DELEGATIONSREISE NACH KANADA

Jeder Abgeordnete des Deutschen Bundestages kann Mitglied in drei Parlamentariergruppen werden. Diese Parlamentariergruppen pflegen von Südafrika bis Schweden, von Bangkok bis Buenos Aires weltweit die Kontakte zu anderen Parlamenten. **Ziel ist es, einen kontinuierlichen Dialog mit den Parlamenten der Partnerstaaten zu führen.** Dazu suchen sie möglichst oft das Gespräch mit den Abgeordneten und anderen Vertretern der Partnerstaaten, um Informationen, Meinungen und Erfahrungen auszutauschen. In vielen Partnerstaaten gibt es entsprechende Parlamentariergruppen für Deutschland, die das gleiche Ziel für ihr nationales Parlament verfolgen.

Ich bin Mitglied der Deutsch-Britischen, der Deutsch-Spanischen und der Deutsch-Kanadischen-Parlamentariergruppe – dort bin ich stellvertretender Vorsitzender.

Wir treffen uns regelmäßig mit Abgeordneten aus den Parlamenten und reden über aktuelle Themen, die unsere Länder verbinden oder aber Diplomatie erfordern. So geht es zum Beispiel um die Jugendarbeitslosigkeit in Spanien oder die

anstehenden Wahlen in Großbritannien. In den Beziehungen zu Kanada sprechen wir häufig über die Themen Energie (Öl und Gas), Export deutscher Handelsware, Freihandelsabkommen und Einwanderung.

Einmal in jeder Legislaturperiode reist eine siebenköpfige Delegation (3 CDU/CSU, 2 SPD, 1 Grüne, 1 Linke) der Parlamentariergruppe in das entsprechende Land. Unsere Deutsch-Kanadische Parlamentariergruppe wollte Kanada im Winter besuchen und so machten wir uns im Februar auf ins kalte Kanada. Mir fiel sofort das Lied von Mireille Matthieu ein: Es war Winter in Kanada und weiß war das Land.

Wir waren zuerst zu Besuch in Quebec. Kanada hat 10 Provinzen und 3 Territories. Die 32 Millionen Kanadier leben auf einer Fläche, die 28-mal so groß ist wie Deutschland. Die Provinz Quebec hat 8 Millionen Einwohner und ist immer noch 5-mal so groß wie Deutschland. Bei einer solchen Delegationsreise gibt es ca. 12 Stunden Gespräche pro Tag. Wir sprachen mit Vertretern der Deutsch-Kanadischen Handelskammer, der Deutschen Botschaft, Quebecer Abgeordneten, dem Karnevalspräsidenten (beim Karneval geht es darum, dass Menschen trotz

Kälte aus dem Haus gehen und Eisskulpturen bauen), den Inuit, den First Nations, Start Up's, dem Forschungsministerium, der Außenministerin, einem deutschen Windrädhersteller, der Friedrich-Ebert-Stiftung, ...

In Ottawa standen der Besuch des Parlamentes und ein intensiver Austausch mit Abgeordneten und der Kanadisch-Deutschen Parlamentariergruppe auf dem Programm. Kanada ist das wahrscheinlich europäischste Land über dem Teich. In Quebec wird französisch gesprochen und nur wenig Englisch. Viele Kanadier haben deutsche Vorfahren, so dass auch Deutsch oft noch mindestens bruchstückhaft gesprochen wird.

Für mich war die Reise sehr interessant und lehrreich. Und eines werde ich nicht mehr vergessen: Die weite verschneite Landschaft und die Eiskälte bei minus 34 Grad Celsius.



Mit Ministerin Christine Saint-Pierre

Aus dem PARLAMENT



IM GEISTE JESU`

In Berlin nehme ich regelmäßig an den wöchentlichen Gebetsfrühstücken teil. Jeden Freitagmorgen in den Sitzungswochen treffen sich Abgeordnete, um aus der Bibel zu lesen und zu beten. Diese eine Stunde tut mir gut und ich gehe gestärkt in das Wochenende.

Die Gebetsfrühstücke haben eine sehr lange Tradition und werden mittlerweile auf der ganzen Welt durchgeführt. Der Ursprung dieser Treffen geht auf die USA zurück. Die Abgeordneten des Kongresses berieten darüber, ob die Vereinigten Staaten von Amerika in den zweiten Weltkrieg eintreten sollten. Es war eine sehr schwere und weitreichende Entscheidung. Mit „...da hilft wohl nur beten!“ war das Gebetsfrühstück entstanden.

„... da hilft wohl nur beten!“

Alljährlich findet am ersten Donnerstag im Februar in Washington das **National Prayer Breakfast** statt. Eine siebenköpfige Delegation aus dem Deutschen Bundestag durfte daran teilnehmen. Einer davon war ich. Am Dienstagnachmittag in Washington angekommen, spürte ich sofort den verbindenden Geist dieses Treffens. Es waren viertau-

send Menschen aus der ganzen Welt in die amerikanische Hauptstadt gereist. Von frühmorgens bis spätabends fanden dort Gesprächsrunden und Gebetskreise statt.

Frühstück mit den Obamas



Am Mittwochnachmittag waren drei Stunden Zeit, die ich für einen Spaziergang um das Weiße Haus und dem Lincoln Memorial nutzte. Der Höhepunkt war sicher das gemeinsame Frühstück am Donnerstag mit dem Präsidenten Obama mit Gattin. 3500 Menschen hatten sich im Ballsaal des Hilton versammelt, um drei Stunden lang miteinander zu beten, zu sprechen und zu frühstücken.

Obama machte deutlich, dass die Religion Menschen verbindet aber niemals für Terror oder Extremismus missbraucht werden darf.

Der **Dalai Lama** hatte schon beim Mittagessen am Mittwoch darauf

aufmerksam gemacht, dass die Werte im Mittelpunkt stehen, egal an welchen Gott die Menschen glauben. Für mich war das Treffen in Washington sehr interessant und sehr angenehm. Den Geist Gottes spürte man in allen Räumen.

Die deutsche Delegation war außerdem beim Deutschen Botschafter zu Gast. Am Donnerstagabend waren wir bei einem Kongressabgeordneten nach Hause eingeladen. Am Freitag besuchten wir ein soziales Projekt. Ehrenamtliche kümmern sich dort um Straßenkinder. Die Mordrate ist in Washington sehr hoch und gerade Kinder werden oft von Terror und Gewalt getroffen. In diesem Haus finden sie ein warmes Zimmer, ein Mittagessen und schulische Ausbildung.



In der Ferne habe ich mit Bayerns Innenminister Joachim Herrmann Projekte für unsere Heimat besprochen. Nicht gerade der „kleine Dienstweg“, aber sehr effektiv.

Ich habe in Washington interessante Menschen getroffen und bleibende Eindrücke gesammelt! >>>

Vor Ort in

UNTERFRANKEN



Treffen mit Lisa



In Washington habe ich auch Lisa Bonengel aus Wiesthal getroffen.

Lisa ist seit letzten August im Rahmen eines Stipendiums (PPP-Parlamentarischen Patenschafts Programm) des Deutschen Bundestages in den USA. Lisa berichtet jeden Monat in diesem Newsletter aus den USA (siehe Seite 8).

Selber würde sie das nicht so hervorheben, deshalb will ich es tun: Sie ist in Ihrem Studium so gut, dass sie für sechs Wochen bei einem Abgeordneten im Kongress in Washington arbeitet. Das erreichen nur wenige eines Jahrgangs. Herzlichen Glückwunsch!

Wir haben uns drei Stunden lang ausgetauscht. Sie ist froh über die Chance, die USA von innen kennenzulernen. Allerdings hat sie schon auch zeitweise Heimweh nach Deutschland.



DOUDRÜ G'HÖRT GEREDT: TTIP & CO

Ich möchte Ihnen und Euch schon heute den nächsten Termin meiner Veranstaltungsreihe „doudrü g'hört geredt – ein Gesprächsabend mit Menschen, die etwas zu sagen haben“ mitteilen. Bitte schon jetzt vormerken und dann auch kommen – es wird sicherlich sehr interessant!

**„doudrü g'hört geredt“:
TTIP und CETA**

**mit meiner Bundestagskollegin
Claudia Tausend (München)**

**am Dienstag, den 14.04.2015,
um 19 Uhr in der Gaststätte
„Zum letzten Hieb“, Frankenstr. 1,
97737 Gemünden-Langenprozelten**

MSP-AFA GEGEN SYSTEMATISCHE BESCHNEIDUNG VON BETRIEBSRATSRECHTEN

„Betriebsräte, sowas brauchen wir nicht.“ Diese und ähnliche Sätze hört man immer häufiger überall in der Republik. Behinderungen von Betriebsratswahlen scheinen an der Tagesordnung zu sein – dieser Eindruck entsteht, wenn man Veröffentlichungen in der Presse und im Internet liest. Einen Fall aus dem Würzburger Raum nahm auf Initiative ihres Vorsitzenden **Marc Schenk** die AfA Main Spessart/Miltenberg zum Anlass, über das Thema zu informieren und zu diskutieren. >>>

Vor Ort in

UNTERFRANKEN



>>> **Torben Ackermann**, ehemaliger Betriebsrat einer Würzburger Großbäckerei, berichtete über Gepflogenheiten, die bei anstehenden Betriebsratswahlen immer öfter vorkommen: Die Anwesenden hörten von einkassierten Wahlflyern, plötzlich angesetzten Personalgesprächen oder offenem Mobbing – Geschehnisse, die offenbar dazu dienen, anstehende Wahlen zu verhindern oder zumindest zu behindern. Die Runde war sich einig, dass solchen Umtrieben entschieden entgegengetreten werden muss!

Ich betonte in meinem Eingangs-Statement die besondere Rolle, die Betriebsräte und Gewerkschaften haben. Ohne Gewerkschaften wären viele uns selbstverständliche Errungenschaften nicht möglich gewesen. Regelarbeitszeiten von 60 oder mehr Stunden sind heute kaum mehr vorstellbar. Anspruch auf Urlaub und Jugendschutz wären ohne die mutigen Männer und Frauen in den Betrieben heute so nicht geregelt.

Auf die besonders starken Gewerkschaften in Deutschland wiesen SPD-Kreisvorsitzender **Harald Schneider** und AfA-Unterbezirksvorsitzender Marc Schenk hin.

„Deutschland verdankt seinen Wohlstand auch den starken Gewerkschaften. Nicht nur in Wachstumszeiten, auch in der Krise sind sie Garant dafür, dass sich unsere Wirtschaft in den letzten Jahrzehnten so entwickelt hat, wie sie heute dasteht“,

so Harald Schneider. Um den gegenwärtigen Stand zu zeigen, führte Torben Ackermann einige Beispiele aus einer Studie der Otto Brenner Stiftung an. 59 Prozent der befragten Betriebsräte wussten von Behinderungen der Betriebsratswahlen zu berichten. In 43 Prozent der Fälle waren hierfür sogar externe Dienstleister eingesetzt worden. Versuche der Zerschlagung bestehender Betriebsräte sind mit 38 Prozent verzeichnet.

So werden fristlose Kündigungen ausgesprochen, deren Begründung sich vor Arbeitsgerichten nicht halten lässt. Die gewonnene Zeit reicht, die betroffenen Betriebsräte und Betriebsrätinnen monatelang aus den Betrieben zu fernzuhalten. Das Ergebnis: Die unliebsamen Betriebsräte werden mit einer Abfindung aus dem Betrieb entfernt und die ArbeitnehmerInnenvertretung ist nachhaltig eingeschüchtert.

Dem muss entschieden entgegengetreten werden, so AfA-Vorsitzender Marc Schenk. Es ist wichtig, die Menschen über dieses Thema zu informieren, um Aufmerksamkeit zu wecken. Es müssen Veranstaltungen zum Thema angeboten und dafür gesorgt werden, dass bereits bekannte Fälle nicht wieder aus dem Bewusstsein der Öffentlichkeit verschwinden, so Schenk.

Die Veranstaltung der AfA Main-Spessart war hierfür ein wichtiger und guter Auftakt. Vielen Dank hierfür an Marc Schenk und sein Team und auch herzlichen Dank für die Einladung, der ich gerne gefolgt bin.

„Wir kämpfen weiter und stehen hinter unseren ArbeitnehmerInnenvertretungen“: Mit diesem Bekenntnis und Versprechen endete die spannende und interessante AfA-Konferenz.

Mehr zu mir und meiner Arbeit, insbesondere im Ausschuss „Arbeit und Soziales“, tagesaktuell unter bernd-ruetzel.de und auf facebook.com/BerndRuetzelMdB

Vor Ort in

UNTERFRANKEN



815 JAHRE SPD IN LENGFURT

Ende Februar war ich zur Jubilar-
ehrung beim Ortsverein Lengfurt zu
Gast. Danke für 60, 50, 40, 30 und
25 Jahre Treue! Es war wirklich eine
sehr gute Organisation und somit
eine würdige Veranstaltung!



Geehrt wurden: 1. Reihe (v.l.):
Manuel Helmanowicz (Gemeinde-
rat, Bürgermeisterkandidat für SPD-
Unabhängige Liste Triefenstein),
Wolfgang Hopp, Rosa Mühlberger,
Hanni Herfert, Aloisia Schmidt,
Marion Cremer-Shenouda, Barbara
Bartsch, 2. Reihe (v.l.): Oliver Hopp,
Thomas Hiller, Franz Kaufmann,
Jürgen Cremer, Theo Huller, Heinz
Seelein, Rudolf Bauer. Allen meinen
herzlichen Glückwunsch!

POLITISCHER ASCHER- MITTWOCH IM UB ASCHAFFENBURG

Schon traditionell feierte die
Aschaffener SPD ihren Politi-
schen Aschermittwoch auch in die-
sem Jahr wieder in Stockstadt.

Der Einladung des Unterbezirks und
des gastgebenden Ortsvereins wa-
ren über neunzig Gäste in den
Festsaal des Gasthofs Goldener
Engel gefolgt. Sie gaben der Veran-
staltung den ihr eigenen stim-
mungsvollen Charakter.

Der Ortsvereinsvorsitzende
Rafael Herbrich hatte mit hu-
morigen Worten den Abend
eingeleitet und die regionalen
Spitzen der Partei willkommen
geheißen. Ich durfte an die-
sem Abend als Hauptredner
auftreten und hatte – natür-
lich – vor allem bundespolitische

Themen im Gepäck. Als Mitglied des
Arbeits- und Sozialausschusses zog
ich eine positive Bilanz der bishi-
rigen Arbeit meines Ausschusses.
Neun verabschiedeten Gesetzen in
diesem von der SPD verantworteten
Bereich steht immer noch das große
Fragezeichen über der von der CSU
geforderten PKW-Maut gegenüber.

Mindestlohn, Rentengesetze, Fami-
lienzeit – alles Themen, die den
Menschen direkt zugutekommen.
Mit Blick auf die auseinander ge-
hende Schere bei der Vermögen-
verteilung warnte ich auch vor einer
Spaltung der Gesellschaft, die wir
uns nicht leisten dürfen.

In der Pressemitteilung des Orts-
vereins fasste man meine Rede so
zusammen: „Seine mit scharfer
Zunge vorgetragene politische
Rundumschau ließ an diesem Tag
nichts aus. Mal ironisch, mal nach-
denklich – mit seinen Analysen, >>>



Mit MdL Martina Fehlner in Stockstadt

Vor Ort in

UNTERFRANKEN



>>> verbalen Anspielungen und Seitenhieben auch auf die Landesregierung in München wurde er der Erwartungshaltung seiner Zuhörer voll gerecht.“ Freut mich natürlich, dieses Lob ...!

Mein Fazit des Abends: Während die SPD sich als von ihren Mitgliedern getragenes Team versteht, hat die CDU/CSU nichts aufzuweisen – außer ihrer Kanzlerin.

POLITISCHER ASCHERMITTWOCH IN WÜRZBURG



Foto: Laura Hofmann

Nach Aschaffenburg ging es für mich weiter zum nächsten Termin: dem 40. Politischen Aschermittwoch der Zellerauer SPD. Als Redner waren Jürgen Wechsler von der IG Metall und ich eingeladen. Natürlich ging es um „Gute Arbeit“ und um klare Worte – schließlich war Politischer Aschermittwoch.

BEI DER KAB UNTERFRANKEN

Ende Februar stellte ich mich einmal mehr der Diskussion mit der KAB Unterfranken, dieses Mal auf der Benediktushöhe in Retzbach. Unsere Themen waren Rente, gehetzte Generation, Familie und Mindestlohn.



Bei der KAB in Retzbach

BÜTTELBRUNNER DONNERTAG

Am Aschermittwoch ist alles vorbei? Nicht im Unterbezirk Würzburg-Land. Traditionell geht es hier am Tag nach Aschermittwoch beim „Büttelbrunner Donnerstag“ so richtig rund. Hervorragender Gastgeber war einmal mehr der

Ortsverein Waldbüttelbrunn mit Bürgermeister Klaus Schmidt an der Spitze. Ich durfte heuer zum ersten Mal in der eindrucksvoll beleuchteten Alten Kirche ans Redepult. Auch mit dabei und dort schon ein alter Bekannter: Landtagsabgeordneter Volkmar Halbleib, der es als einer der führenden Oppositionellen im Bayerischen Landtag in Richtung

Staatsregierung und CSU-Mehrheit so richtig donnern lies. Das Essen war super, die Stimmung auch und am Ende stand die Erkenntnis: Am Ascherdonnerstag geht es erst so richtig los!

Neben mir: die stellvertretende Landrätin Christine Haupt-Kreutzer



Vor Ort in

UNTERFRANKEN



TTIP-INFO IN UFRA

Bevor es jedoch zu den Abendveranstaltungen ging, war am Aschermittwochsmorgen **Bernd Lange, Vorsitzender des Handelsausschusses des Europäischen Parlaments**, auf Einladung von Kerstin Westphal,

diverse Bereiche, die für uns nicht verhandelbar sind.

Mit uns wird es kein Abkommen geben, solange ein Investor-Staat-Streitbeilegungsmechanismus (ISDS) Bestandteil dieses Vertrages ist.“

zulieferbetriebe aus Franken mit dem Zugang zum amerikanischen Markt ihre Geschäfte intensivieren und so Arbeitsplätze sichern.

Kerstin Westphal betonte:

„Grundlegende Werte dürfen unter keinen Umständen wirtschaftlichen Interessen geopfert werden.“



MdEP, und mir in Würzburg, um über den aktuellen Stand des transatlantischen Freihandelsabkommens TTIP zu diskutieren. Wir haben intensiv diskutiert sowie Kritik und Meinungen ausgetauscht.

Bernd Lange stellte die Position der Europa-SPD klar heraus: „Trotz aller Chancen, die TTIP der europäischen Industrie bieten könnte, gibt es

Mit den beiden Europaabgeordneten Kerstin Westphal und Bernd Lange im Hof des Bürgerspitals (Foto: Westphal)

Weitere rote Linien sind u. a. der Datenschutz, die Lebensmittelsicherheit und die regulatorische Zusammenarbeit zwischen der EU und den USA.

Bei aller Kritik gibt es aber auch positive Aspekte. So könnten Auto-

Ein gutes Handelsabkommen muss nachhaltiges Wirtschaften stärken und das Gemeinwohl der Menschen fördern. Aber auf die Chance, Verbesserungen zu erreichen, möchte ich nicht von vornherein verzichten. Übrigens: Wenn das Europaparlament dem Abkommen nicht zustimmt, ist es erledigt, wir haben ein Veto-Recht.“

Auch über die Abkommen CETA mit Kanada und das Dienstleistungsabkommen TISA haben wir gesprochen. Bedenken wurden vor allem für den Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge geäußert.

Damit das Freihandelsabkommen in Deutschland ratifiziert wird, muss es vom Bundestag und vom Bundesrat verabschiedet werden. Die SPD-Bundestagsfraktion wird es nicht dazu kommen lassen, dass Arbeitnehmerrechte durch private Investoren ausgehebelt werden.

Vor Ort in

UNTERFRANKEN



GASTBEITRAG

MdL GEORG ROSENTHAL

Landtagsabgeordneter für Würzburg-Stadt und Betreuungsabgeordneter für MSP sowie Sprecher der unterfränkischen SPD-Abgeordneten im Bayerischen Landtag

Kirchenasyl ist wichtiges Instrument, um Behördenwillkür auszugleichen: Dies zeigt der Fall von Mohamed D. und der Würzburger St. Johanniskirche

Der Präsident des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Manfred Schmidt, hat in der Tageschau vom 24. Februar die Kirchenasyl-Praxis scharf kritisiert. Auch ist die Behörde offensichtlich dazu übergegangen, in einer Kirche vor ihrer Abschiebung Schutzsuchende als illegal „untergetaucht“ zu betrachten, wodurch sich die Überstellungsfrist von sechs auf 18 Monate verlängert hat.

Wie wichtig das Kirchenasyl als jahrhundertalte Schutztradition jedoch auch heute noch ist, um Menschen vor Behördenwillkür zu schützen, hat in Würzburg zuletzt der Fall Mohamed D. gezeigt. Erst auf Intervention des Landtagsabgeordneten Georg Rosenthal ist das Verfahren zu einem vorerst glücklichen Ende gelangt: „Das Kirchenasyl ist kein rechtsfreier Raum, wie der

CDU-Politiker und Bundesinnenminister Thomas de Maizière in einer verunglückten Stellungnahme Ende Januar behauptet hat. Es ist vielmehr ein wichtiges Instrument, um Defizite des bundesdeutschen Asylverfahrens auszugleichen.“

Der Flüchtling aus Äthiopien hatte Anfang Juli 2014 im Pfarrhaus der Würzburger St. Johanniskirche Schutz vor seiner Überstellung nach Ungarn gesucht. Als Angehöriger einer ethnischen Minderheit war er in seiner Heimat Gewalt und Verfolgung von somalischen Gruppen ausgesetzt. Da er jedoch über Ungarn eingereist war, ist gemäß Dublin-Abkommen für die Bearbeitung seines Asylantrags das Einreiseland in die Europäische Union verantwortlich.

Doch auch nach einer erfolgreichen Klage seines Anwalts vor dem Verwaltungsgericht gegen seine Überstellung nach Ungarn konnte Herr D. nicht in seine Gemeinschaftsunterkunft zurückkehren. Das Problem war, dass sowohl der zuständige Sachbearbeiter im Landratsamt als auch der im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) eine Verlängerung der Aufenthaltsgestattung verweigerten. Somit war Mohamed D. von Leistungen aus dem Asylbewerberleistungsgesetz

ausgeschlossen. „Erst auf meine Nachfrage beim BAMF-Präsidenten Manfred Schmidt kam das Verfahren wieder in Gang.“ Seit kurzem lebt Herr D. wieder in der Unterkunft, ganz ohne Furcht, dass er in Abschiebehaft genommen wird, sobald er auf die Straße tritt.

„Empörend“ findet die evangelische Pfarrerin Jutta Müller-Schnurr, deren Kirchengemeinde dem Flüchtling Unterschlupf gewährt hatte, die Hinhalte-Taktik der verantwortlichen Behörden. Den Konflikt um das Kirchenasyl ausgerechnet auf dem Rücken eines „schutzsuchenden Menschen“ auszutragen, ist für sie nicht zu rechtfertigen. „Für Herrn D. ist der psychologische Druck von Tag zu Tag gewachsen“, erinnert sie sich an die Situation des jungen Mannes. „Er wusste nicht, wann und ob er sich wieder frei bewegen kann.“

Damit solche Machtproben nicht wieder vorkommen, hat die SPD-Fraktion einen Dringlichkeitsantrag gestellt, um das Kirchenasyl vor Zugriffen des Staates zu schützen.

Abgeordnetenbüro

Georg Rosenthal

Semmelstraße 46, 97070 Würzburg

Tel 0931 99110-161, Fax -162

buergerbuero@georg-rosenthal.de

Vor Ort in

UNTERFRANKEN



GASTBEITRAG

MdL VOLKMAR HALBLEIB



Liebe Leserinnen und Leser,

als Vorsitzender des Arbeitskreises für Staatshaushalt und Finanzfragen und haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion dreht sich meine parlamentarische Arbeit vor allem ums Geld. Hier ein paar aktuelle Themen rund um den Haushalt.

Akuter Handlungsbedarf in der Steuerverwaltung

Die Personalsituation in der bayerischen Steuerverwaltung muss dringend verbessert werden! Zum 1. Januar 2014 waren nämlich 1.809 Stellen der insgesamt eh schon viel zu knapp bemessenen 16.600 Stellen bei den Finanzämtern nicht mit Beamten besetzt. Weil jeder Steuerbeamte um ein x-Faches mehr

bringt als er kostet, wollen wir die Einstellung von zumindest 1.000 zusätzlichen Steuerbeamtinnen und Steuerbeamten, um den Steuervollzug nachhaltig verbessern zu können. Das würde zu Steuermehreinnahmen für Bayern von rund 250 Millionen Euro pro Jahr führen. Die Staatsregierung lehnt dies aber konsequent ab – ein Schelm, wer Böses dabei denkt ...

Die versteckte Verschuldung in Bayern wächst

Söder und Seehofer rühmen sich zu gerne für ihren ausgeglichenen Haushalt. Doch sie verschieben Kosten und Verpflichtungen in die Zukunft, nur um die schwarze Null heute halten zu können. Beispiel Pensionen:

Von 2010 bis jetzt ist das Loch bei der **Pensionsvorsorge**, die mittlerweile auf eine Botschaftsvorsorge von jährlich 100 Millionen Euro zusammengeschrumpft ist, auf **weit über eine Milliarde Euro** angewachsen. Diese Zahlungsverpflichtungen müssen in künftigen Haushalten eingelöst werden.

Marode Bauten, Straßen und Brücken: Anstatt ein Abfinanzierungskonzept mit einer Prioritätenliste der notwendigen Maßnahmen

zu erstellen (wie von uns gefordert), vertuscht Söder die wahren Kosten für die Instandhaltung unserer Infrastruktur in Bayern. Alleine für die Bestandhaltung der Straßen und Brücken müsste man eine Milliarde Euro einplanen. Tut Söder aber nicht. Er lässt sie lieber noch mehr verkommen und lastet den künftigen Generationen die bis dahin um ein Vielfaches teurere Instandsetzung auf.

Die Änderungsanträge der SPD-Landtagsfraktion zum Doppelhaushalt 2015/2016

Barrierefreiheit, Energiewende, gleichwertige Lebensverhältnisse, Wirtschaftsförderung, Steuervollzug, KiTas, Unterrichtsqualität, Lehrpersonal an den Hochschulen, Verkehr, Sozialpolitik, Gesundheit und Pflege, innere Sicherheit, ...: Die SPD-Landtagsfraktion hat zum Doppelhaushalt 2015/2016 insgesamt 157 Änderungsanträge eingereicht.

Diese Anträge stehen auf der Homepage der SPD-Fraktion: bayernspd-landtag.de/haushalt

Bürgerbüro Volkmar Halbleib

Semmelstraße 46, 97070 Würzburg
Tel: 0931 59384 | Fax: 0931 53030
E-Mail: volkmar-halbleib@bayernspd-landtag.de

Vor Ort in

UNTERFRANKEN



GASTBEITRAG

MdL MARTINA FEHLNER



Der Tourismus steht vor neuen Herausforderungen

Im Jahr 2014 war Bayern als Reiseziel so beliebt wie nie zuvor. Zwischen Januar und Dezember des vergangenen Jahres registrierte der Freistaat fast 32,5 Millionen Gästeankünfte und über 85 Millionen Übernachtungen – ein Rekordergebnis. „Mit diesen Zahlen behauptet Bayern auch im Jahr 2014 wieder seine Spitzenposition unter den beliebtesten deutschen Reisezielen“, so Martina Fehlner, tourismuspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion. „Für diesen wunderbaren Erfolg für Bayern haben ganz viele Menschen hart gearbeitet, das dürfen wir nicht vergessen“.

„Das Thema Tourismus hat für die SPD in Bayern einen hohen Stellenwert“, erklärt Fehlner. Der Tourismus sichert über eine halbe Million Arbeitsplätze in Bayern und ist damit von zentraler wirtschaftlicher Bedeutung, insbesondere auch für strukturschwache Regionen. „Damit

der Erfolg Bayerns als Tourismusdestination auch für die Zukunft gesichert werden kann, müssen wir uns aber rechtzeitig auf globale Veränderungen einstellen“, mahnt die Abgeordnete: „Eine der größten Herausforderungen unserer Zeit ist ganz sicher der Klimawandel. Er wirkt sich bereits jetzt auf den klimasensiblen Tourismus aus.“ Nun müssten konkrete Maßnahmen getroffen werden, um beispielsweise die betroffenen Mittelgebirgs- und Alpenregionen dabei zu unterstützen, sich unabhängiger vom Schnee zu machen.

Vor kurzem hat die SPD-Landtagsfraktion das von Martina Fehlner erarbeitete Positionspapier zur Zukunft des Tourismus in Bayern vorgestellt, in dem neun Kernforderungen formuliert sind. An erster Stelle steht die Forderung nach einer nachhaltigen Tourismusentwicklung für Bayern. „Eine intakte Natur ist eine der wichtigsten Grundlagen für einen zukunftsfähigen Tourismus in Bayern“, unterstreicht Martina Fehlner.

Eine weitere wichtige Forderung bezieht sich auf die ländlichen Gebiete Bayerns. Gerade dort werden die touristischen Potenziale vielfach noch zu wenig genutzt. Die gezielte Förderung des Tourismus, aber auch die Stärkung strukturschwacher

Regionen im Allgemeinen, kann einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der regionalen Wirtschaft leisten.

Weiterhin ist es ein wichtiges Anliegen, Bayern als Reiseziel für alle Menschen zu positionieren. So setzt sich Martina Fehlner für mehr Barrierefreiheit ein, um es Menschen mit Behinderung, aber auch älteren Menschen und Familien mit Kindern zu ermöglichen ihren Urlaub zu genießen.

Außerdem sind die Organisationsstrukturen im Tourismus oft noch nicht effizient genug, etwa, wenn sie sich ausschließlich an Verwaltungsgrenzen orientieren.

Schließlich sind auch verstärkte Anstrengungen im Bereich der Nachwuchsförderung notwendig. Der Mangel an Auszubildenden und Fachkräften zeigt sich besonders drastisch im Gastgewerbe. „Wenn wir die hohe Qualität im bayerischen Tourismus halten wollen, müssen wir für Nachwuchskräfte in touristischen Berufen unbedingt bessere Perspektiven schaffen“, fordert Fehlner.

Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdL

Goldbacher Straße 31,
63739 Aschaffenburg

Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604

buergerbuero@martina-fehlner.de